

Deutschland ohne Grüne ?

Zur Situation von Bündnis 90 / Die Grünen zwischen dem Rostocker und dem Berliner Parteitag

von Jochen Weichold

„Deutschland ohne Grüne“¹ titelte „Die Welt“ unmittelbar vor Beginn der Rostocker Bundesdelegiertenkonferenz und hatte die Schrägstrich-Partei damit faktisch schon beerdigt. Auch „DER SPIEGEL“ behauptete im Untertitel eines Beitrages: „Die Grünen kämpfen um ihre Existenz.“²

Nachdem sich die herbeigeschriebene Aufregung wieder gelegt hat, ist es an der Zeit, die Lage der grünen Partei nüchtern unter die Lupe zu nehmen. Untersucht man die Mitgliederentwicklung der Grünen im vergangenen Jahrzehnt, stößt man – verglichen mit anderen Parteien – eher auf eine Erfolgsgeschichte (siehe [Grafik 1](#)). Ende 2000 betrug die Mitgliederzahl der Grünen 115 Prozent derjenigen von 1990. Vor allem die beiden mitgliederstärksten Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg legten in den 90er Jahren beachtlich zu: Nordrhein-Westfalens Grüne verzeichneten mit 15.448 Mitgliedern Ende 1999 ein Plus von 27,6 Prozent gegenüber 1990, der Landesverband Baden-Württemberg kam mit 7.372 Mitgliedern Ende 1999 auf ein Plus von 22,7 Prozent gegenüber 1990.³

Dabei haben die Grünen seit 1998 nach Angaben ihres Schatzmeisters Dietmar Strehl „in beträchtlichem Ausmaß“ Mitglieder verloren, jedoch in der gleichen Periode „eine größere Zahl von Neumitgliedern aufgenommen“. Unter dem Strich hatten die Grünen zum Ende des Jahres 2000 etwa 5.200 Mitglieder weniger als Ende 1998 (mithin ein Mitgliederverlust von ca. 10 Prozent).⁴ Der Mitgliederschwund hat sich auch 2001 fortgesetzt. In den zwei Monaten nach dem 11. September 2001 verloren allein die Berliner Grünen mehr als 70 Mitglieder.⁵

Viel gravierender als der Mitgliederschwund sind aber die Veränderungen in der Struktur der Mitglieder und der Wählerschaft. In den letzten zehn Jahren fand ein gewaltiger personeller Umschlag in der Partei statt. Viele Mitglieder aus der Anfangsjahren haben ihr enttäuscht den Rücken gekehrt. Mehr als die Hälfte der heutigen Mitglieder ist erst nach 1990 in die Partei eingetreten und hat neue Wertorientierungen und Lebenserfahrungen mitgebracht, die zum Teil auch neoliberalen Ideen einen Nährboden bieten. Für die Mehrheit der neuen Mitglieder hat zum Beispiel der Atomausstieg nicht mehr *den* Symbolwert wie für die Gründergeneration der Grünen. Sie geht weit pragmatischer mit diesem, aber auch mit anderen Themen um, wie dies der Rostocker Parteitag in der Frage des Pazifismus gezeigt hat. Mit den Worten von forsa-Chef Manfred Güllner ist der Anteil der „Werte-Grünen“ oder „Körnerfresser“, die ihren Lebensstil seit 20 Jahren nicht

¹ Die Welt, Berlin, 24.11.2001.

² DER SPIEGEL, Hamburg, 2001, Nr. 43 (vom 22.10.2001), S. 22.

³ Vgl. Oskar Niedermayer: Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2002, Heft 2, S. 436.

⁴ Vgl. Dietmar Strehl: Finanzbericht 2000. Vorgelegt zur BDK von Bündnis 90/Die Grünen am 24./25.11.2001 in Rostock, S. 3.

⁵ Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 17./18.11.2001.

geändert haben, an der Anhängerschaft der Grünen stetig geschrumpft, derjenige der „etablierten“ Grünen, die beispielsweise die Anwaltspraxis ihres Vaters übernommen haben, hingegen deutlich gestiegen.⁶

Während die Grünen in den 90er Jahren bis weit in die zweite Hälfte hinein Wahlsieg um Wahlsieg an ihre Fahnen heften konnten, büßten sie seit Anfang 1998 bei allen Wahlen auf Landes- und Bundesebene Stimmen ein, eine Entwicklung, die mit dem Mitgliederrückgang seit Ende der 90er Jahre korrespondiert. In geringerem Maße verloren die Grünen zuletzt bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin an Stimmen. Eine Tatsache, die eher verwundert, wenn man bedenkt, dass nach Umfragen 90 Prozent der Grün-Wähler gegen die Militäraktionen in Afghanistan waren.⁷ Offenbar – so der Politikwissenschaftler Peter Lösche – ist den Grünen einigermaßen ein Spagat gelungen: Auf der einen Seite haben sie Wähler an sich binden können, „für die der pragmatisch agierende Außenminister steht, auf der anderen Seite hat Claudia Roth, wahltaktisch geschickt, ein Aussetzen des Krieges während des Ramadans gefordert, um Ökos und Pazifisten anzusprechen“⁸.

Entgegen gängiger Mythen sind trotz der Entwicklung der politischen Positionen der Grünen nach rechts ihre Wählerverluste an ihre rechten Konkurrenten größer als an ihre linken. Während bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl am 21. Oktober 2001 die Grünen 10.000 Wähler an die PDS verloren, wanderten 12.100 bisherige Grün-Wähler zu SPD und FDP (siehe [Grafik 2](#)). Bei der Bürgerschaftswahl am 23. September 2001 in Hamburg war die Grün-Alternative Liste (GAL) von 13,9 auf 8,5 Prozent abgestürzt. Sie hatte zwar auch nach links (an den Regenbogen, der 1,7 Prozent der Stimmen erhielt) Stimmen abgeben müssen, doch in weit größerem Maße wechselten jüngere Wählergruppen zur SPD.

Eine ähnliche Entwicklung hatte sich bereits bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 25. März 2001 gezeigt, wo die Grünen von 12,1 Prozent (1996) auf 7,7 Prozent der Stimmen absackten und 202.740 Wähler von den Grünen zur SPD wanderten.⁹ Die Grünen verloren vor allem diejenigen Wähler wieder an die SPD, die sie bei der Landtagswahl zuvor erst von der SPD gewonnen hatten, als die Sozialdemokraten als glückloser Juniorpartner der CDU in der Landesregierung hohe Verluste einfahren mussten.¹⁰

Der Negativ-Trend der Grünen hat sicherlich mehrere Ursachen. *Zum einen* haben die Grünen ihre Positionen auf wesentlichen Politikfeldern insbesondere seit dem Magdeburger Parteitag im März 1998, auf dem das Programm zur Bundestagswahl 1998 beschlossen wurde, bis zur Unkenntlichkeit verändert. Das betrifft die Außenpolitik, aber auch die Atompolitik. Dazu kommt ein wachsender Einfluss des Trio Neoliberale in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Versuche im ersten Halbjahr 2001, soziale Gerechtigkeit wieder stärker zu akzentuieren, sind mit dem 11. September 2001 faktisch abgebrochen und gegenwärtig kein Thema mehr. Derartige Veränderungen im Programmatischen wie in der praktischen Politik haben mehr alte

⁶ Vgl. Berliner Zeitung, Berlin, 24./25.11.2001.

⁷ Vgl. Berliner Zeitung, Berlin, 23.10.2001.

⁸ Wird die PDS jetzt das Rote Rathaus stürmen? Interview mit dem Berliner Parteienforscher Peter Lösche. In: Berliner Wochenblatt, Berlin, 07.11.2001.

⁹ Vgl. infas – Institut für angewandte Sozialwissenschaft: Wählerwanderungsanalysen zu den Landtagswahlen am 25. März 2001 in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den jeweiligen Landtagswahlen 1996 (<http://www.infas.de/>).

¹⁰ Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Wahlbericht der Landtagswahl 2001 zum 13. Landtag in Baden-Württemberg (<http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/>).

Mitstreiter der Grünen vergrault, als neue Mitglieder angezogen. Die Grünen haben es offenbar nicht (ausreichend) verstanden, ihre bisherige Anhängerschaft auf den neuen Kurs „mitzunehmen“. ¹¹ Und so vollzieht sich ein schleichender Erosionsprozess.

Zum anderen hatten sowohl Mitglieder und Stammwähler der Grünen als auch Verbände und Initiativen aus den außerparlamentarischen Bewegungen teilweise weit überzogene Erwartungen an den Regierungseintritt der Grünen geknüpft. Selbst ein Teil der grünen Führungsscrew verwechselte offenbar die Teilhabe an der Bundesregierung mit der Teilhabe an der Macht. Eine realitätsnahe Erwartungssteuerung durch die grüne Führungsspitze fand erst recht nicht statt. Die Realität grüner Regierungsbeteiligung führte zu einer tiefen Enttäuschung der Aktivisten der außerparlamentarischen Bewegungen, die sie auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck bringen. ¹²

Im Gegenzug haben die Grünen den Kontakt zu den sozialen Bewegungen zum großen Teil verloren. Es bestehe eine gewaltige Kluft zwischen den Grünen und den Aktiven der heutigen außerparlamentarischen Bewegungen und der Nicht-Regierungs-Organisationen, konstatiert der Politikwissenschaftler Claus Leggewie. Vor allem zwischen ihnen und den (fälschlich so bezeichneten) „Globalisierungsgegnern“ herrsche weitgehend Funkstille: „... selbst der ehemalige Straßenkämpfer Joseph Fischer redet über Zorn und Aktionismus der Jugend von heute so wie weiland die alte Welt über ihn.“ ¹³ Was ihm die Kritik von Duzfreund Daniel Cohn-Bendit, dem Europa-Abgeordneten der französischen Grünen, einbrachte. Letztlich schwächt die Sprachlosigkeit der Schrägstrich-Partei gegenüber den außerparlamentarischen Bewegungen die Position der Grünen in der Regierung, war es doch in der Vergangenheit nicht zuletzt der „Druck der Straße“ gewesen, dem es die Grünen zu verdanken hatten, dass ihre Forderungen – trotz fehlender Mehrheiten in Parlamenten – Eingang in politische Entscheidungen fanden.

Schließlich muss ein ungenügendes Politik- und Kommunikationsmanagement der grünen Parteiführung sowohl mit dem Blick auf die Mitgliedschaft als auch mit dem Blick auf die Wählerschaft diagnostiziert werden. ¹⁴ Wie Antje Radcke, grüne Parteichefin von 1998 bis 2000, rückblickend feststellte, existierten nach dem Eintritt von Bündnis 90 / Die Grünen in die Bundesregierung im Herbst 1998 keinerlei konzeptionelle Vorstellungen darüber, wie die innerparteiliche Verständigung, aber auch die Kommunikation mit den außerparlamentarischen Bewegungen effektiv zu organisieren sei. ¹⁵ Anstatt deutlich zu machen, dass der grüne Juniorpartner gezwungen war und ist, schmerzhaft Kompromisse einzugehen, Konsens zu suchen mit einer Bevölkerungsmehrheit, und nicht in der Lage ist, Vorstellungen der Verbände und Initiativen der außerparlamentarischen Bewegungen eins zu eins umzusetzen, wurde versucht, derartige Kompromisse als grüne Politik zu verkaufen. Die Folge war ein Verlust an Glaubwürdigkeit, waren heftige Angriffe der Verbände und Initiativen auf die Grünen als „Umfaller-Partei“, die von den Medien gern als Munition gegen die Schrägstrich-Partei aufgegriffen wurden. Dies verstärkte den

¹¹ Vgl. Antje Radcke: Das Ideal und die Macht. Das Dilemma der Grünen, Berlin 2001, S. 242/243.

¹² Vgl. Joachim Raschke: Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren“, Frankfurt am Main 2001, S. 141 und 290.

¹³ Claus Leggewie: Rotgrün und die Engagierten. In: Berliner Republik, Berlin, 2001, Nr. 5, S. 6.

¹⁴ Vgl. Joachim Raschke: Die Zukunft der Grünen, a.a.O., S. 141.

¹⁵ Vgl. Antje Radcke: Das Ideal und die Macht, a.a.O., S. 52 und 139.

Text der Woche

Negativ-Trend und schreckte jene Wähler ab, die vor 1998 grün als Modefarbe gewählt hatten.

Trotz zum Teil überdurchschnittlicher Verluste in den jüngeren Wählergruppen liegt jedoch der Anteil der Grün-Wähler in den Altersgruppen bis 44 Jahre deutlich über den grünen Gesamtergebnissen. So wählten bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl 15 Prozent der unter 30jährigen, 14 Prozent der zwischen 30 und 44 Jahre alten Wähler und 10 Prozent der zwischen 45 und 59 Jahre alten Wähler die Grünen, aber nur 3 Prozent der Wähler ab 60 Jahre.¹⁶ Nach der Analyse der Wahlforscher Manfred Güllner und Dieter Roth ist die Anhängerschaft der Grünen in den letzten Jahren „vor allem weiblicher geworden“; in der Altersgruppe unter 30 Jahren hätten bei den Wahlen in Hamburg und in Berlin 2001 zwölf bzw. zehn Prozent der Männer, aber 17 bzw. 16 Prozent der Frauen grün gewählt.¹⁷

Nach der Analyse der Forschungsgruppe Wahlen haben 2001 bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin immerhin 17 Prozent der Selbständigen ihre Stimme den Grünen gegeben, aber nur vier Prozent der Arbeiter. Mit jeweils neun Prozent lagen sowohl die Angestellten und Beamten als auch die Arbeitslosen im Durchschnitt aller Berliner, die grün gestimmt hatten. Während lediglich vier Prozent der Wähler mit Hauptschulabschluss und fünf Prozent derjenigen mit mittlerer Reife ihre Stimme den Grünen gaben, waren das bei den Wählern mit Abitur und bei denen mit Hochschulabschluss jeweils 16 Prozent.¹⁸

Generell ist mit Wahlergebnissen zwischen fünf und zehn Prozent in den (westlichen) Bundesländern „grüne Normalität eingekehrt“,¹⁹ so der Wahlforscher Richard Hilmer von Infratest-dimap. Wahlforscher der Forschungsgruppe Wahlen sagen den Grünen bei den kommenden Bundestagswahlen ca. sechs Prozent voraus und sehen sie damit erneut im Bundestag.²⁰

Die Grünen sind insgesamt West-Partei geblieben – sowohl hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft als auch hinsichtlich ihrer Wählerklientel. In Ostdeutschland haben die Grünen nicht Fuß fassen können. Hier gibt es nur annähernd 3.000 Mitglieder (ohne Ost-Berlin). Obwohl auf den Bundesdelegiertenkonferenzen hin und wieder ein Antrag zu Ostdeutschland verabschiedet wird, hatten die Grünen den Osten in den letzten Jahren faktisch abgeschrieben. Beide Parteivorsitzende sowie Bundesgeschäftsführer und Schatzmeister, beide Fraktionsvorsitzende im Bundestag, alle Bundesminister der Grünen stammen aus dem Westen. Von den vier Bundestagsabgeordneten der Grünen mit Ost-Sozialisation dürften nach der Wahl im September 2002 nur zwei erneut ins Parlament einziehen. Parteichef Fritz Kuhn hat auf der BDK in Rostock auf das Problem aufmerksam gemacht: Wenn es den Grünen nicht gelinge, in den neuen Bundesländern mehr Akzeptanz zu gewinnen und wieder in die dortigen Landtage einzuziehen, drohten die Bündnisgrünen, eine Regionalpartei West zu werden.

In der Tendenz trifft zu, was Robert von Rimscha kürzlich im „Tagesspiegel“ schrieb: „FDP und Grüne entstammen unterschiedlichen Milieus, decken heute aber ähnliche

¹⁶ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen: Analyse der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2001 (<http://www.forschungsgruppewahlen.de/>).

¹⁷ Vgl. Berliner Zeitung, Berlin, 24./25.11.2001.

¹⁸ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen: Analyse der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2001 (<http://www.forschungsgruppewahlen.de/>).

¹⁹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M., 25.09.2001.

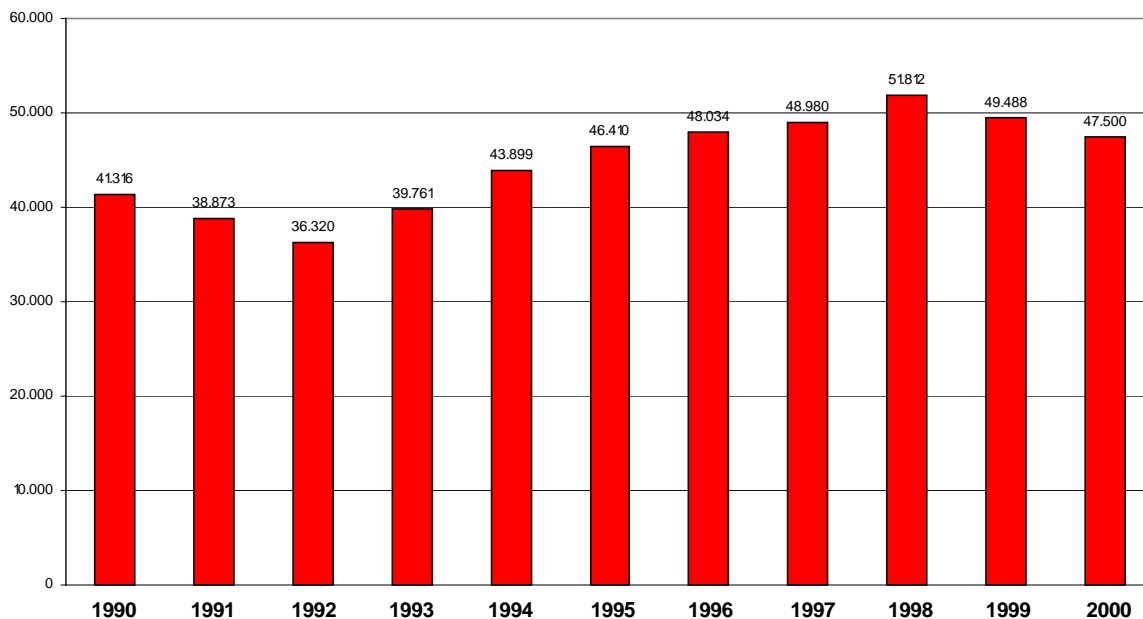
²⁰ Vgl. Berliner Zeitung, Berlin, 24./25.11.2001.

Text der Woche

Positionen ab. Die Liberalen haben, auch gerade mit Westerwelle, den älteren Bürgerlichen und Selbständigen deren Kinder an die Seite gestellt. Die Grünen haben das akademische Protestmilieu der 70er Jahre begleitet, für das Erfolg, Leistung und Karriere lange Unworte waren. Viele von ihnen sind heute allerdings längst im Bürgertum angekommen. Bei Bildung, Kultur, Wirtschaftsförderung, Zuwanderung und sogar innerer Sicherheit sind die Aussagen der Liberalen und der Grünen ähnlich. Nur dies darf keiner zu laut sagen – weder bei den Liberalen noch bei den Grünen.“²¹

Während die Grünen insbesondere auf dem Feld der Ökologie weiterhin ein eigenständiges Profil aufweisen, überschneiden sich die in der Partei dominierenden Positionen der moderaten Grünen, der Realos und der Regierungs-Linken auf den oben genannten Politikfeldern mit denen der FDP. Gleichzeitig ist die Partei-Linke heute weitgehend marginalisiert und spielt in den innerparteilichen Debatten keine sichtbare Rolle mehr. Insofern erscheint es nur folgerichtig, wenn Bundesgeschäftsführer Reinhard Bütikofer mit dem Blick auf das neue Grundsatzprogramm der Grünen, dessen überarbeiteter Entwurf Mitte Januar 2002 von der Parteispitze präsentiert wurde, von einem „Programm der linken Mitte“ spricht.²² Programmatisch wird so gesehen nur nachvollzogen, wohin sich die Partei in der Praxis längst entwickelt hat.

Grafik 1: Mitgliederentwicklung der Grünen



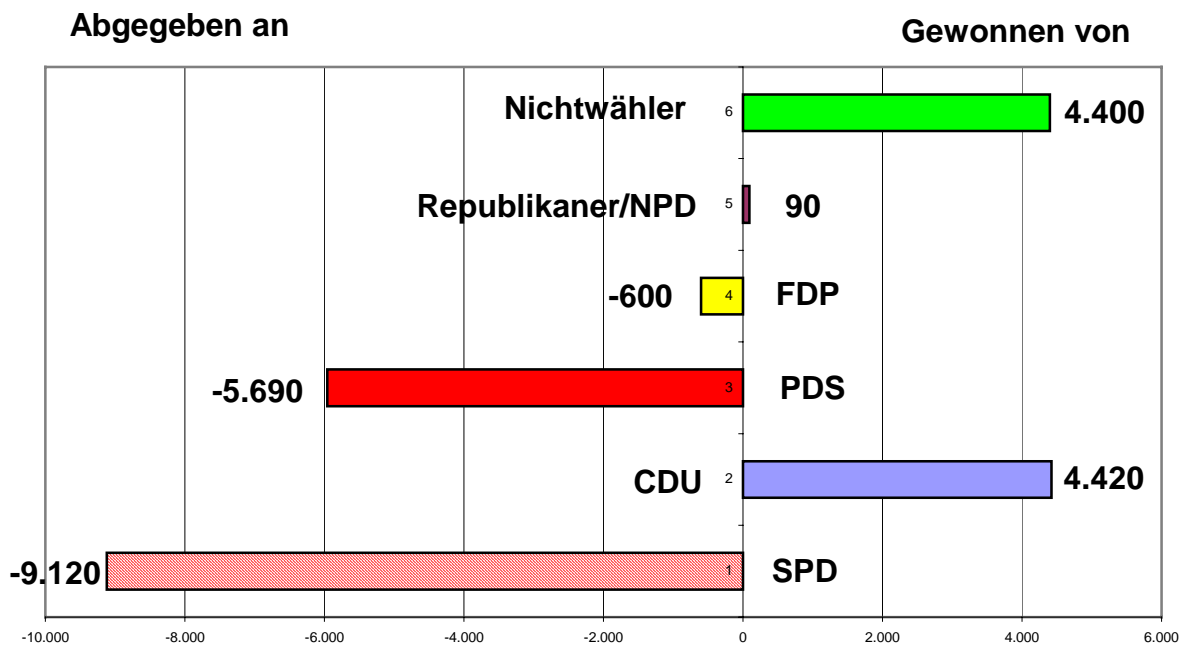
Datenquellen: Oskar Niedermayer: Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2002, Heft 2, S. 435; Internet-Präsentation der Grünen (<http://www.gruene.de/>).

²¹ Der Tagesspiegel, Berlin, 23.10.2001.

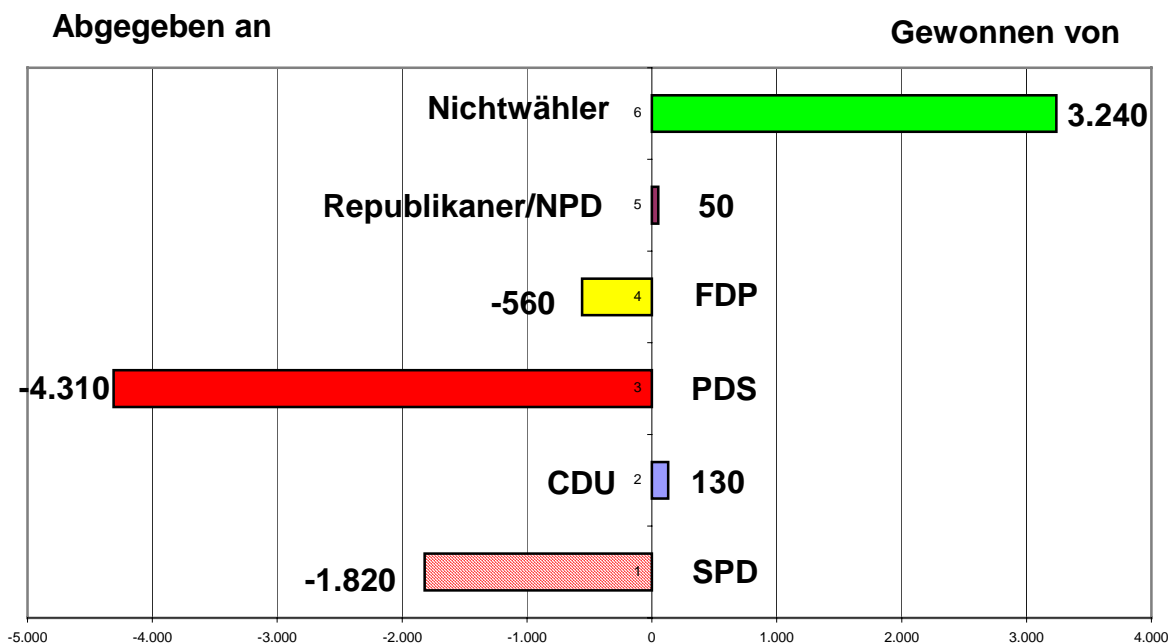
²² Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 18.01.2002.

Grafik 2: Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin am 21. Oktober 2001

Wählerwanderung von und zu den Grünen in Westberlin



Wählerwanderung von und zu den Grünen in Ostberlin



Datenquelle: Berliner Zeitung, Berlin, 23.10.2001.